



Mario Voigt am Ziel seiner Träume:

Die ersten 100 Tage des Brombeer-Königs

Die ersten 100 Tage der sogenannten Brombeer-Koalition begannen gleich mit einem Paukenschlag: Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt gegen Thüringens Finanzministerin Katja Wolf und gegen Infrastrukturminister Steffen Schütz. Der Vorwurf an die beiden Vorsitzenden des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) in Thüringen: Korruption. Darauf folgte auch schon der nächste Tiefschlag für das BSW. Die Hoffnung, bei der Bundestagswahl in den Bundestag einzuziehen, wurde bitter enttäuscht. Was dann folgte, darf sicher als parteiinterne »Schlammschlacht« bezeichnet werden, in der man wechselseitig und öffentlichkeitswirksam versuchte, sich den Schwarzen Peter für die Wahl-

derlage zuzuschieben. Der interne Machtkampf eskalierte, als die Regierungsbeteiligung des BSW in Thüringen von der Parteiführung infrage gestellt wurde. Viele Thüringer werden sich – so wie wir auch – an dieser Stelle gefragt haben, wie viele Tage wohl noch verstreichen mögen, bis in Thüringen Neuwahlen ausgerufen werden.

scheidet sich nicht wesentlich von der links-grünen Politik der vorhergehenden Koalition. Der Haushalt wurde mit Zugeständnissen an die Linke erkaufte – und dafür wurden die eigenen Wahlversprechen geopfert. Wunderbar illustrieren lässt sich das am Beispiel der geplanten Abschiebehaftplätze.

Noch im Februar hatte Migra-

nicht einmal einen Monat und das Vorhaben war Geschichte. Um sich für den eigenen Haushaltsentwurf Mehrheiten im Landtag zu sichern, gab die CDU ihre Position auf und strich die dafür vorgesehenen Mittel.

Eifrig genutzt wurden die ersten 100 Tage auch, um die einzige wahre Opposition und stärkste Kraft im Thüringer Landtag systematisch weiter auszugrenzen und ihre Befugnisse zu beschneiden. Das Mittel der Wahl: umfassende Änderungen der Geschäftsordnung. Gezielt sorgten die Volksvertreter von CDU, BSW und SPD mit Hilfe der Linken dafür, dass die Rechtslage den neuen Mehrheitsverhältnissen angepasst und die »Brandmauer« erhöht wurde. Es wurden Sperren geschaffen, um unliebsame, kritische Fragen, die der Regierung schaden könnten, von vornherein aus dem Landtag fernzuhalten. Die Aushöhlung parlamentarischer Rechte hat System.

Zum Ende der 100 Tage schließt sich der Kreis: Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hebt erneut die Immunität einer BSW-Abgeordneten auf. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Sigrid Hupach wegen des Vorwurfs der Fahrerflucht.

Bilanz nach 100 Tagen Brombeer-Regiment: ernüchternd!

Ist das noch Demokratie?

Was am 18. März 2025 passiert ist, macht mich immer noch fassungslos: Ein abgewählter, bereits aufgelöster Bundestag genehmigt in Windeseile Schulden in Billionenhöhe, transformiert das Grundgesetz in eine Kriegsverfassung – augenscheinlich, um die vom CSU-Mann und EVP-Chef Manfred Weber propagierte europäische »Kriegswirtschaft« vorzubereiten – und errichtet mit der jetzt grundgesetzlich verankerten »Klimaneutralität bis 2045« eine Klimadiktatur, die zum finalen Absterben von Industrie und Mittelstand führen wird.

Kaltschnäuzig gehen die Kartellparteien unter Führung von Friedrich Merz (CDU), der unbedingt Bundeskanzler werden will, über das Votum des Souveräns vom 23. Februar hinweg. Was wir hier erlebt haben und was dann am 21. März im Bundesrat seinen Abschluss fand, ist nichts anderes als ein finanzpolitischer Staatsstreich!



Kommentar von **Björn Höcke**

Fortführung der links-grünen Politik mit neuem Namen

Auch inhaltlich ist das Zeugnis nach den ersten 100 Tagen kein besonders gutes. Die Politik der neuen Landesregierung unter-

tionsministerin Beate Meißner (CDU) vollmundig ihre Pläne für 37 landeseigene Abschiebehaftplätze vorgestellt. Es dauerte

Nichts als leere Versprechungen:

- ✗ Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie
- ✗ Durchführung eines Gesundheitsgipfels
- ✗ Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen
- ✗ Einsetzung einer Kommission im Alter
- ✗ Umsetzung einer Seniorenmedienbildungsstrategie
- ✗ Pakt für »Wachstum und Arbeitsplätze«
- ✗ Fachkräftestrategie
- ✗ Wiederaufnahme des Branchendialogs Automobilindustrie
- ✗ Erprobung digitaler Verkaufsstellen
- ✗ Digitalisierung Thüringens
- ✗ Erprobung einer Landesbezahlkarte
- ✗ Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission
- ✗ Konzipierung einer Paragrafenbremse
- ✗ Daten- und KI-Strategie für die Verwaltung
- ✗ Vereinfachung der Förderlandschaft
- ✗ Erweiterung des Karriere- und Bewerbungsportals des Freistaats
- ✗ Stärkung des »Grünen Herzens«
- ✗ Einführung einer Familien-App
- ✗ Schaffung eines »Wärmekatasters«
- ✗ Gestaltung des vielschichtigen Gedenkjahres 2025



Haushalt 2025

Während sich die »Brombeere« feiert, als hätte man Thüringen finanziell neu erfunden, sieht die Realität leider anders aus: Der Haushalt für 2025 ist ein Schuldenhaushalt geworden – und das trotz eines guten Finanzpolsters! Statt Rücklagen zu nutzen oder klug zu wirtschaften, werden neue Kredite aufgenommen, Tilgungen verschoben und teure Ideologieprojekte weiterfinanziert. Die Regierung bläht ihre Verwaltung weiter auf (plus 116 Stellen) und verteilt Steuergeld nach dem Gießkannenprinzip.

Wir sagen: Schluss mit Schulden für zukunftsfeindliche Luftschlösser. Die AfD-Frak-

tion hat einen eigenen, vollständig gegenfinanzierten Alternativhaushalt vorgelegt. Unsere Devise: Rücklagen auflösen und in Zukunft investieren. Dabei greifen wir gezielt auf Mittel aus der allgemeinen Rücklage zurück – also aus dem Kernhaushalt des Landes – sowie auf »stille Reserven« in intransparenten Töpfen. Damit tilgen wir Schulden, anstatt neue zu machen. Haushaltsklarheit statt politische Nebelkerzen – das ist unser Anspruch.

Gespart wird dort, wo es nötig ist:

✘ **Klimafolklore:** Projekte zur »Klimasensibilisierung« in Kindergärten oder eine »klimaneutrale Verwaltung« haben keinen relevanten Effekt, kosten aber Millionen. Wir streichen das.

✘ **Linke Ideologieposten:**

Steuergeld soll nicht für Genderzentren, Queer-Projekte und politische NGOs ausgegeben werden. Besonders kritisch sehen wir die Förderung von Projekten, die sich unter dem Deckmantel der »Demokratieförderung« gegen politisch Andersdenkende richten.

✘ **Migrationskosten:**

Wir kürzen bei der Finanzierung von Fehlanreizen, die die Massmigration anheizen. Hier können 66 Millionen eingespart werden.

»Wer Meinungsvielfalt predigt, aber nur eine, nämlich seine Meinung finanziert, betreibt staatlich geförderte Ausgrenzung«, sagt der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jens Cotta.

Wir investieren – aber sinnvoll:

✔ **Für Remigration:** Einrichtung eines Abschiebeflughafens für zentral gesteuerte Rückführungen von nicht Aufenthaltsberechtigten – ein Schritt auch zur Verbesserung der inneren Sicherheit.

✔ **Für Bildung und Sport:** Der Sanierungsstau bei Schulgebäuden wird entschieden angegangen, Erhalt und Ausbau von Sportstätten werden besser gefördert.

✔ **Für unsere Umwelt:** Statt in kostspielige und wirtschaftsfeindliche Klimaidologie investieren wir in besseren Hochwasserschutz, verbessern die Abwasserinfrastruktur und

setzen auf gesunden Forst.

✔ **Für die Kommunen:** Sie bekommen mehr Mittel zur freien Verfügung – statt ideologisch gebundener Projektförderung.

✔ **Für den Tierschutz und den ländlichen Raum:** Bessere Förderung von Natur- und Artenschutz oder von Tierheimen.

✔ **Für Thüringens Zukunft:** Investitionen in Handwerk, Familienförderung und medizinische Versorgung.

Fazit: Thüringen braucht keine neuen Schulden, sondern politische Vernunft. Unser Alternativhaushalt zeigt: Man kann solide wirtschaften und trotzdem investieren – wenn man die richtigen Prioritäten setzt. Die AfD-Fraktion macht es vor.



Stefan Möller:

Unser Mann in Berlin

Stefan Möller, der sich selbst seinen »Ostdeutschen mit Leib und Seele« nennt, tauscht seinen Platz im Thüringer Landtag gegen ein Bundestagsmandat. Seit mehr als zehn Jahren ist der in Erfurt geborene Jurist nun in der Landes- und Kommunalpolitik aktiv, deshalb wird sein Wechsel nach Berlin hier mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen: In zahlreichen Bürgerdialogen lieb Möller den

Thüringern ein offenes Ohr für ihre Belange. So etwa in Suhl, wo die Anwohner der überfüllten Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber täglich mit den Folgen einer verfehlten Migrationspolitik konfrontiert sind. Thüringen soll wieder eine sichere Heimat für seine Bewohner werden, vor allem für Familien mit Kindern. Auch während der Corona-Lockdowns machte sich Stefan Möller für die Bürgerrechte stark. Dabei ging es ihm nicht allein um eine offene demokratische

Debatte über Sinn und Unsinn der von Bund und Land beschlossenen Maßnahmen. Sondern vor allem um die drastischen Konsequenzen für die Thüringer Bürger. Gemeinsam mit Wiebke Muhsal plante und organisierte er das Volksbegehren gegen den drohenden allgemeinen Impfpflicht. Heute kämpft er darum, dass die Opfer dieser Maßnahmen von der Politik nicht im Stich gelassen werden. Dazu zählt für ihn als Jurist auch, Verantwortlichkeiten zu

benennen und Konsequenzen einzufordern.

Wir werden Stefan Möller als engagiertes Mitglied unserer Landtagsfraktion vermissen. Denn sein Beitrag zur Landespolitik ging weit über fachliche Kompetenz hinaus. Seine Wortgewandtheit und sein – manchmal schwarzer – Humor machten Politik zu einem mitreißenden Erlebnis. Gewiss wird er Thüringen im Bundestag mehr als nur würdig vertreten – wir wünschen ihm viel Erfolg bei der Umsetzung seiner Ziele!

MUT
Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 650.000 Stück

Facebook: @afd-thl
Twitter: @afd-landtags-tv
Website: https://t.me/afd_thl
www.afd-thl.de

AfD
FRAKTION
THÜRINGEN



Thüringen in der Krise

Die Deindustrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange. Die Verunsicherung in weiten Teilen der Wirtschaft ist groß. So groß, dass Produktionsverlagerungen ins Ausland längst in großem Stil vorbereitet und teilweise schon umgesetzt werden. Auch in Thüringen lässt die Wirt-

Schwerpunkt der beantragten Unternehmensinsolvenzen lag in den Bereichen Baugewerbe, Verarbeitendes Gewerbe und Automobilbranche. Die Insolvenzwellen rollt also weiter ungebremst durch den Freistaat. Unsere Unternehmen ächzen unter Bürokratie, Steuern, Abgaben, teurer Energie und seit Januar unter den

des einstigen Exportweltmeisters wird sowohl von der Thüringer Brombeer-Koalition als auch von der Bundes-CDU konsequent weitergeführt.

Nach einer Prognose der Bundesagentur für Arbeit wird die Arbeitslosigkeit in Thüringen 2025 so stark ansteigen wie in keinem anderen Bundesland. Während bundesweit mit einem Anstieg um 2,2 Prozent gerechnet wird, sagen Experten für Thüringen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um fünf Prozent im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2024 voraus. Gründe dafür sind vor allem die Lage der Automobilindustrie, der demografische Wandel und die mangelnde Qualifikation vieler Arbeitssuchender.

In einer handfesten Wirtschaftskrise, in die wir unter anderem wegen zu hoher Steuern und Abgaben und viel zu teurer Energie geraten sind, die Steuern auf Energieträger weiter nach oben zu treiben, grenzt an Wahnsinn. Wir reden nicht nur von explodierenden Heiz- und Stromkosten in den kalten Wintermonaten, sondern von einem grundlegenden Existenzkampf, den unsere Wirtschaft gegen internationale Mitbewerber führen muss.

Der Weg in die Zukunft führt nicht über mehr Planwirtschaft und Bürokratie. Er führt über eine starke soziale Marktwirtschaft, die den Menschen und den Unternehmen vertraut und Planungssicherheit gibt sowie die Möglichkeit, sich zu entfal-

ten. Die AfD-Fraktion steht zur Einhaltung der Schuldenbremse. Denn jeder Schulden-Euro mehr gefährdet die Zukunft unserer Kinder.

Was die Thüringer Wirtschaft braucht:

1. Abbau der Bürokratie und Überprüfung aller Gesetze und Vorschriften unter Maßgabe ihrer Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit. Das heißt konkret: Was nichts nutzt, kann weg.
2. Verschlankung und Digitalisierung der Staatsverwaltung, Ersteres insbesondere auf Ministerialebene.
3. Senkung der Steuern und Abgaben auf Grundlage einer soliden Haushaltsführung und

sparsamer Ausgabenpolitik.

4. Fach- und Arbeitskräftesicherung ohne Masseneinwanderung.

5. Stärkung der schulischen und beruflichen Bildung und Ausbildung.

6. Preiswerte, sichere und technologieoffene Energieversorgung, auch mit Gas aus Russland

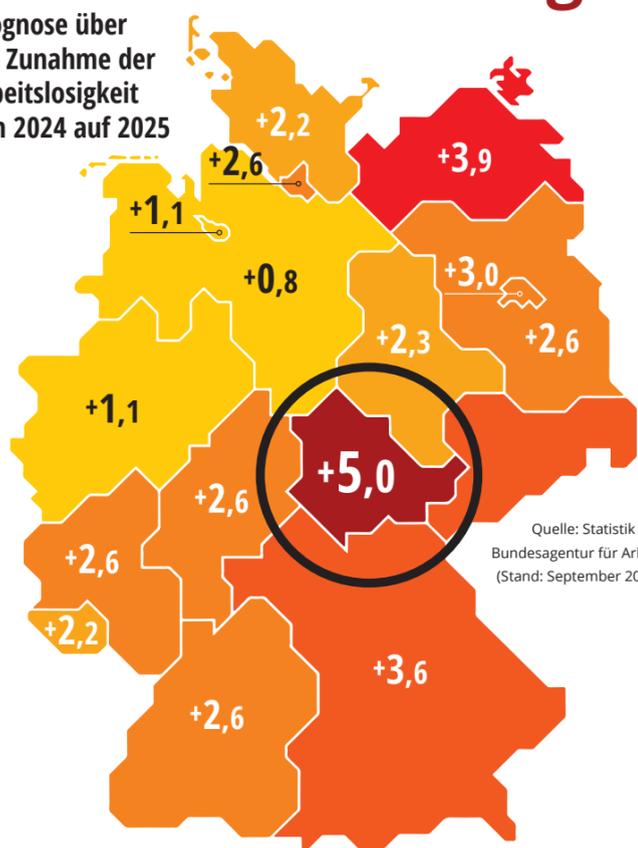
7. Abbau des Investitionsstaus in der öffentlichen Infrastruktur.

Trotz zehn Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik von oben nach unten hält der Thüringer Mittelstand das Land noch am Laufen. Aber wir müssen jetzt handeln!

Durch die AfD-Fraktion erhält der Mittelstand die Unterstützung, die er verdient, denn er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Schlußlicht Thüringen

Prognose über die Zunahme der Arbeitslosigkeit von 2024 auf 2025



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand: September 2024)

schaftskrise immer mehr Unternehmen in Schieflage geraten. Die Zahl der betrieblichen Neugründungen in Thüringen stagniert. Dafür werfen immer mehr Unternehmer das Handtuch.

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen stieg in Thüringen im Jahr 2024 auf 264 Verfahren an und damit um 4,8 Prozent gegenüber 2023. Der wirtschaftliche

wieder gestiegenen CO₂-Preisen. Während das von uns boykottierte Russland sowie die restliche Welt über Wachstum verfügen, müssen wir im Freistaat feststellen, dass wir von der Stagnation in eine anhaltende Rezession gesteuert wurden. Vom Bund ist in absehbarer Zeit keine Kehrtwende zu erwarten. Der deutsche Einzelweg bei der Transformation



Wir trauern um die Opfer des ideologisch gewollten Strukturwandels in Thüringen

Krankenhäuser

MEDINOS Klinik Neuhaus a. Rennweg
67 Arbeitsplätze
Sternbach-Klinik Schleiz
190 Arbeitsplätze

Automobilzuliefererindustrie

BOS Plastics Systems Brotterode
80 Arbeitsplätze
Continental AG Bad Blankenburg
185 Arbeitsplätze
Eaton Nordhausen
250 Arbeitsplätze
Grammer Brotterode
226 Arbeitsplätze
IHI Charging Systems International
Ichtershausen — 300 Arbeitsplätze

JD Norman

Witzenhausen & Hørselberg-Hainich — 600 Arbeitsplätze
Marelli Automotive Lighting
Brotterode — 900 Arbeitsplätze
mbw-Gruppe Sömmerda & Mühlhausen — 100 Arbeitsplätze
Motherson Werk Judenburg
200 Arbeitsplätze
Norma Werk Gerbershausen
180 Arbeitsplätze
Robert Bosch Elektronik Thüringen GmbH (RBTE) Arnstadt
103 Arbeitsplätze



UA Kramer: Interview mit Ringo Mühlmann

Kostenlose
Broschüre als PDF:
afd-thl.de/vs-broschoschuere



Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag hat einen Untersuchungsausschuss »Stephan Kramer« ins Leben gerufen. Medienwirksam hat der Präsident des Landesverfassungsschutzes die AfD als »gesichert rechtsextrem« eingestuft, doch Recherchen belegen: Bei der Erstellung des Gutachtens wurde nicht nur die Landesverfassung missachtet, sondern es kamen auch zweifelhafte Quellen zur Anwendung. Einige Zitate soll Kramer gar erfunden haben, darüber hinaus schüchtern er Mitarbeiter ein, die sein unlauteres Vorgehen nicht unterstützen wollten. Diese Missstände dürften nicht länger unter den Teppich gekehrt werden, erklärt unser innenpolitischer Sprecher Ringo Mühlmann im Interview: Der »Kramer-Komplex« bedarf einer lückenlosen Aufklärung – unsere Fraktion ist dazu bereit!

Herr Mühlmann, als innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion sind Sie der Initiator des Kramer-Untersuchungsausschusses. Warum ist es so wichtig, dass der sogenannte »Kramer-Komplex« untersucht wird?

Als im Dezember letzten Jahres die Enthüllungen von »Apollo News« aufdeckten, was im Landesamt für Verfassungsschutz hier in Thüringen vorgeht und wie sich der Verfassungsschutzchef Stephan Kramer tatsächlich verhält, wurde schnell deutlich: Diese Behörde wird durch die SPD politisch missbraucht. Für uns stand fest: Es braucht dringend zusätzliche parlamentarische Kontrolle. Die bestehende parlamentarische Kontrollkommission reicht in ihrer

aktuellen Besetzung nicht aus, um die Abläufe in der Behörde in den Griff zu bekommen.

Dieser Verfassungsschutz geht in einer unglaublich naiven Art und Weise mit unserer Demokratie um, man könnte sogar davon sprechen, dass er in Wahrheit die Demokratie bekämpft. Dem muss Einhalt geboten werden. Das erreichen wir durch einen Untersuchungsausschuss. Wir wollen aufzeigen, wie Behördenchef Stephan Kramer sich verhält und seine Angestellten missbraucht, um seine eigenen ideologischen Vorstellungen umzusetzen.

Wie ist es im Allgemeinen um die politische Neutralität des Landesamtes für Verfassungsschutz bestellt?

Ein Blick ins Internet macht deutlich: Dieser Verfassungsschutz ist nichts anderes als eine Unterabteilung des Thüringer Innenministeriums. So zeigt es auch das offizielle Organigramm. Schon aus diesem Grund wird das Amt weder neutral noch unabhängig geführt. Aus meiner eigenen Zeit bei der Polizei weiß ich, wie ordnungsgemäße Ermittlungsarbeit aussieht. Dabei neutral vorzugehen, bedeutet, sowohl belastendes als auch entlastendes Material zu sammeln, um es dann zu einem objektiven Gesamtbild zusammenzuführen. Das geschieht beim Thüringer Verfassungsschutz nachweislich nicht.

Stephan Kramer vernachlässigt durch sein ideologisch geprägtes Vorgehen seine Sorgfalts-

pfligt. Sein Dienstherr, der alte und neue Innenminister Georg Maier, ist ebenfalls nicht an einer Neutralität der Behörde interessiert. Das Amt ist so angelegt, dass sowohl Kramer als auch seine Mitarbeiter jederzeit gegenüber dem Minister weisungsgebunden sind. Durch die Recherchen von »Apollo News« wurde aufgeklärt, unter welchem Druck Kramer selbst seine Abteilungsleiter setzte. So schlug er sogar deren fachlichen Rat in den Wind, nur um eine Einstufung der AfD als »rechtsextrem« verkünden zu können. Das wirkte sich bekanntlich während des Landtagswahlkampfes auch negativ auf die mediale Berichterstattung über die AfD Thüringen aus – und Innenminister Maier

unternahm nichts, um das zu unterbinden.

Hatte diese Vorgehensweise auch konkrete Auswirkungen auf Ihre parlamentarische Arbeit?

Allerdings. Denn schon im Vorfeld des geplanten Untersuchungsausschusses habe ich diesbezüglich mehrfach Anfragen an das Innenministerium gestellt. Diese sollten klären, auf welche Weise der Thüringer Verfassungsschutz arbeitet. Dabei ging es auch um grundsätzliche Fragen zur Landesverfassung. Diese bietet einen gewissen Interpretationsspielraum bei der Beurteilung vorgeblich verfassungsfeindlicher Aktivitäten, wird aber grundsätzlich zu unseren Ungunsten ausgelegt. Im Klartext: Der Thüringer Verfassungsschutz bemüht sich auch in diesem Falle nicht darum, Entlastendes zu finden. So darf eine Behörde nicht agieren. Das macht deutlich, weshalb dieser Verfassungsschutz von der SPD in Thüringen durch Kramer und Maier für ihre eigenen ideologischen Zwecke in Stellung gebracht wird.

Alle Zweifel bezüglich dieser Vorgehensweise wurden ausgeräumt, als Stephan Kramer entgegen seiner Neutralitätspflicht schließlich bei der Bundestagswahl 2021 für die SPD kandidieren wollte. Neutralität? Nicht bei diesen politischen Verflechtungen! Diese Behörde schützt die Demokratie nicht, sie ist im Gegenteil deren größte Gefahr!

Herr Mühlmann, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Was wird Kramer vorgeworfen?

- ▶ Kramers Leitmotiv: Ein persönlicher Feldzug
- ▶ Fehlende fachliche Eignung: Kramer ist kein Volljurist
- ▶ Mangelnde Neutralität
- ▶ Missachtung der Landesverfassung (»Indemnität der Abgeordneten«)
- ▶ Umgehung hausinterner Gutachten zu Arbeitsstandards
- ▶ Erfundene Zitate und Verwendung linksextremer Quellen (Andreas Kemper)
- ▶ Mobbing von Mitarbeitern, Gewaltandrohungen
- ▶ Fragwürdige Nutzung von Medienkontakten zur Verbreitung seiner »Botschaft«
- ▶ Kramers Vorgeschichte: Private Kontakte zu der unter VS-Beobachtung stehenden Rocker-Gang »Nachtwölfe«

